

Antrag an das 32. Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin

Antragsteller:in(nen):	Antira-Referat	
Datum	11.12.24	
Nr. und Datum der Sitzung	2	11.12.2024
Tagesordnungspunkt und Beschluss-Nr. (vom Präsidium auszufüllen)		

I. Antragsgegenstand

Geopolitische Entwicklungen im Nahen Osten und die Verpflichtung zu einer solidarischen Positionierung der Studierenden

II. Beschlussentwurf

Das Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin möge beschließen:

1. Die sofortige Erarbeitung eines Statements (in Zusammenarbeit mit Vertreter:innen der betroffenen Studierenden).
2. Die Einrichtung eines offenen Forums für betroffene Studierende bis zum 18. Dezember 2024
3. Die Unterstützung von mindestens zwei Bildungs- oder Diskussionsveranstaltungen zu den geopolitischen Entwicklungen im Nahen Osten innerhalb des nächsten Semesters.

III. Finanzielle Auswirkungen, ggf. Angaben zur Verwendung beantragter Mittel

Eventuelle Kosten für die Beschlusspunkte 2 und 3.

IV. Begründung

Angesichts der dramatischen Entwicklungen im Nahen Osten, insbesondere der Eskalation von Gewalt und geopolitischen Spannungen in Syrien und den angrenzenden Regionen, fordern wir das Studierendenparlament auf, eine klare Haltung einzunehmen und ein Statement zu verabschieden, das sich explizit gegen Krieg und für Frieden ausspricht. Dabei ist es unsere moralische Verpflichtung, auch die drittstärkste ethnische Gruppe der Region, deren Studierende auch an unserer Hochschule vertreten sind, in den Fokus zu rücken und ihre Perspektiven und Bedürfnisse anzuerkennen.

Hintergrund:

Die aktuelle Lage im Nahen Osten ist von einer alarmierenden Dynamik geprägt:

Der Krieg in Syrien weitet sich weiter aus, mit katastrophalen Folgen für die Bevölkerung.

Minderheiten, insbesondere Kurd:innen, Assyrer:innen, Ezid:innen und andere ethnische Gruppen, sind Ziel massiver Angriffe und sehen sich existentiellen Bedrohungen ausgesetzt.

Die geopolitische Neuordnung der Region wird von internationalen und regionalen Akteuren ohne Rücksicht auf die Interessen und das Leben der betroffenen Bevölkerung vorangetrieben.

Als Studierendenschaft einer global vernetzten Gesellschaft sind wir aufgerufen, klare Zeichen der Solidarität zu setzen und uns aktiv für Frieden, Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht aller Bevölkerungsgruppen einzusetzen. Insbesondere Studierende aus der Region oder mit familiärem Hintergrund haben ein berechtigtes Interesse an unserer Unterstützung und Mitwirkung.

Ziele des Antrags:

Verabschiedung eines Statements: Das Studierendenparlament veröffentlicht ein Statement, das Krieg und Gewalt im Nahen Osten verurteilt und zur Solidarität mit den betroffenen Bevölkerungsgruppen aufruft.

Unterstützung von Initiativen: Die Studierendenschaft unterstützt aktiv Initiativen, die sich für Frieden und humanitäre Hilfe in der Region einsetzen.

Schaffung einer Plattform für betroffene Studierende: Einrichtung eines Forums oder Treffpunkts, um Studierenden mit Bezug zur Region eine Stimme zu geben und ihren Bedürfnissen Gehör zu verschaffen.

Zusammenarbeit mit anderen Hochschulen: Austausch und Kooperation mit Studierendenvertretungen anderer Hochschulen, um eine gemeinsame Resolution gegen Krieg und Gewalt zu formulieren.

Es ist unsere Verantwortung als Studierende, uns nicht nur mit lokalen Themen, sondern auch mit globalen Fragen zu befassen, die Millionen Menschen betreffen. Frieden und Menschenrechte sind universelle Werte, deren Verteidigung eine Pflicht der akademischen Gemeinschaft ist. Mit diesem Antrag setzen wir ein Zeichen der Menschlichkeit und Solidarität.

V. Beteiligung und Stellungnahme anderer Organe oder Initiativen der Studierendenschaft

VI. Kontaktmöglichkeit zur:zum Antragsteller:in bzw. zu den Antragsteller:innen

antira@refrat.hu-berlin.de